

## Nur der **Wechsel** macht Hamburg sicher

MIT DEN REDEN

- der Parteivorsitzen-  
den Angela Merkel:  
Innere Sicherheit  
braucht ein festes  
Wertefundament  
(Seite 3–8)
- des Bürgermeister-  
kandidaten der  
CDU Hamburg, Ole  
von Beust: Nur der  
Wechsel macht  
Hamburg sicher  
(Seite 9–10)
- des Innenministers  
von Brandenburg,  
Jörg Schönbohm:  
Innere Sicherheit  
braucht den star-  
ken Rechtsstaat  
(Seite 11–15)



CDU-Kongress  
Innere Sicherheit  
in Hamburg  
am 3. September



*Dass die Kriminalitätszahlen auf viel zu hohem Niveau stagnieren, ist kein Naturgesetz. Vielmehr ist dies oft auch eine Folge verfehlter Politik in den Ländern. Die Ministerpräsidenten und Landesinnenminister der Union sind den Beweis angetreten: In den unions-geführten Ländern leben die Menschen erheblich besser als in vielen sozialdemokratisch regierten Ländern. Am sichersten können sich die Bayern und Baden-Württemberger fühlen. Am bedrohlichsten ist die Lage dagegen hier in Hamburg. Vor diesem Hintergrund versteht sich dann auch die Auswahl des Mottos für unseren Kongress von selbst: „Nur der Wechsel macht Hamburg sicher“. Dass Sie, meine Damen und Herren, heute so zahlreich an unserem Kongress teilnehmen, zeigt, welche Bedeutung Sie der Sicherheitslage in Hamburg beimessen.*

*Angela Merkel*



ANGELA MERKEL

## Innere Sicherheit braucht ein festes Wertefundament

Wir stehen vor wichtigen Entscheidungen. In knapp 3 Wochen wählen Sie hier in Hamburg ihre Bürgerschaft und bestimmen darüber, ob nach über vier Jahrzehnten SPD-Herrschaft endlich ein bürgerlicher Senat in Hamburg die Richtung bestimmt. Diese Stadt hat den Wechsel verdient, und sie braucht ihn. Viele Themen brennen den Bürgern auf der Seele: Vor allem die hohe Kriminalität, aber auch das Verkehrs-Chaos und die desaströse Situation an den Schulen. Die CDU bietet nicht nur Sprüche, sondern überzeugende Lösungen und Konzepte. Daher bin ich davon überzeugt: Die Chancen stehen gut, dass die Hamburgerinnen und Hamburger am 23. September den Wechsel wählen.

Das ist dann der Startschuss, die CDU in guter Form zu präsentieren. Am 21. Oktober ist die Berliner Wahl, und in gerade einmal 13 Monaten wird über den neuen Bundestag entschieden. Wir als CDU wollen alle diese Wahlen gewinnen, und wir können sie gewinnen, das zeigen uns auch alle neuen Umfragen. Im letzten ZDF-Politbarometer war die CDU erstmals wieder stärkste Partei. Wenn wir gemeinsam handeln und geschlossen auftreten, werden wir auch gewinnen.

Wir werden gewinnen, weil jeden Tag deutlicher wird, dass der Wind sich dreht und die Sozialdemokraten mit ihrem Latein am Ende sind. Das gilt für Herrn Schröder, unter dessen Verantwortung Deutschland zum Bummeljetzen beim Wirtschaftswachstum in Europa geworden ist. Das gilt auch für Herrn Runde, der mühsam versucht, den

SPD-Filz und sein Versagen in der Bildungs- und Verkehrspolitik, aber vor allem bei der Kriminalitätsbekämpfung zu überdecken.

Über 280.000 Straftaten im letzten Jahr in Hamburg und eine offene Drogenszene – das alles sind Tatsachen, die eine deutliche Sprache sprechen. Hamburg ist die Kriminalitätshauptstadt Deutschlands. Und deswegen ist es richtig, dass wir heute gerade hier in Hamburg zu unserem Kongress zur Inneren Sicherheit zusammengekommen sind. Es ist richtig, dass wir uns gerade hier in Hamburg darüber unterhalten wollen:

- Wie können wir die Kriminalität in den Großstädten am besten in den Griff bekommen?
- Was sind die Konzepte der CDU und warum gibt es dazu keine Alternative?
- Warum braucht Hamburg so dringend einen Politikwechsel?

Die CDU ist entschlossen, für eine moderne Politik zu kämpfen, die auf Befähigung, auf Mitmachen, auf Leistung und Verantwortung setzt. Das gilt für die Bürgerschaftswahl hier in Hamburg genauso wie für die Bundestagswahl im nächsten Jahr. In knapp 400 Tagen ist es soweit, und wir in der Union haben klare Ziele.

Es geht darum, dass die Union, die die Bundesrepublik in 36 von 51 Jahren geführt hat, in ihren wichtigsten Jahren, sich wieder das Vertrauen einer Mehrheit in diesem Land erkämpft.

Was haben die Herren Müntefering, Struck und Ströbele nicht alles versucht, um

uns dauerhaft als politischen Konkurrenten auszuschalten. Es ist ihnen nicht gelungen. Wir sind keine Schönwetter-Truppe. Wir halten auch im Sturm zusammen. Darauf können wir alle stolz sein.

Und ich sage deutlich: Kein Untersuchungsausschuss der Welt wird uns daran hindern, den Menschen in diesem Lande unsere Konzepte für die Zukunft zu präsentieren. Wir in der CDU lernen, mit unserer Geschichte im Guten wie im Schlechten zu leben, und wir gehen dabei weiter unseren eigenen Weg.

Während die SPD sich über Monate ausschließlich mit uns beschäftigt hat, haben wir inhaltliche Pflöcke eingeschlagen: von der Familienpolitik über die Zuwanderung bis zur Inneren Sicherheit.

Wir haben gezeigt:

- Wir haben aus 1998 gelernt.
- Wir haben uns weiter entwickelt.
- Wir sind bereit, auf neue Fragen auch neue Antworten zu suchen.

Diese Bereitschaft zu neuen Wegen ist der eine Baustein für einen Erfolg bei der Bundestagswahl. Der andere ist, dass wir uns inhaltlich und personell als Alternative zur Regierung Schröder präsentieren.

Als Alternative zu einer Regierung Schröder, deren Politik sich nicht an Werten und Grundüberzeugungen ausrichtet, sondern richtungslos dahindümpelt. Ganz nach der Maxime: Was bringt die besten Umfragedaten, und was gibt die vorteilhaftesten Fernsehbilder?

Bestes Beispiel ist die Schrödersche Reise in die neuen Bundesländer. Schröder hat sich die Sahnstückchen herausgepickt, die Orte und Betriebe, denen es am besten geht. Die Städte, in denen es wirkliche Probleme gibt, hat er links liegen gelassen. Denn da

hätte es ja unvorteilhafte Bilder und unangenehme Nachfragen geben können. Daran wird deutlich: In Wirklichkeit kümmern den Kanzler die Sorgen und Nöte der Menschen in den neuen Ländern wenig.

Ich sage Ihnen: Mein Verständnis von Politik ist das nicht. Ich finde solche Schauspiele verlogen.

Auch die peinliche Selbstinszenierung von Finanzminister Hans Eichel passt ins Bild. Da ihn sonst keiner lobt, hat er sich einen Jubel-Song komponieren lassen. Dort lässt er sich als sparsam und fleißig bejubeln und verschweigt dabei, dass er bis zum Jahr 2005 noch etwa 150 Mrd. Mark neue Schulden machen will. Aber Sie können sicher sein, dass wir ihn in den kommenden Haushaltsberatungen wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholen!

Auch an den Inhalten wird klar: Wir brauchen in Deutschland andere Konzepte. Wir brauchen eine Politik, die sich an Werten und Grundüberzeugungen orientiert.

Eine solche Politik bietet die CDU. Dies wird etwa deutlich an dem Papier zur neuen Sozialen Marktwirtschaft, das wir am letzten Montag im Bundesvorstand auf den Weg gebracht haben.

In einer Zeit, die geprägt ist von der Entwicklung zur Wissensgesellschaft, von fortschreitender Digitalisierung und Globalisierung müssen wir die wirtschaftliche Ordnung der Freiheit in unserer politischen Ordnung, die Soziale Marktwirtschaft, auf eine neue Stufe heben. Die Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verlieren dabei ihre Gültigkeit nicht; im Gegenteil: Erst das Neue der Sozialen Marktwirtschaft schafft wieder die Voraussetzung, dass genau diese Prinzipien auch in Zukunft gelebt werden können.

Denn nur so eröffnet sich den Menschen auch im 21. Jahrhundert die Chance auf Teil-



habe in der Sozialen Marktwirtschaft – auf Teilhabe durch Wissen, durch Arbeit, durch Kapital, auf Teilhabe über öffentliche Sicherungssysteme und Teilhabe der Familien und sozialen Netzwerke. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts brauchen wir wieder eine entscheidende politische Weichenstellung – und wieder ist es allein die CDU, die den Mut und die Kraft dazu hat. Denn unsere Politik wird anders als die Politik Schröders von Werten und Grundüberzeugungen bestimmt.

---

## Familie

Ein weiteres Beispiel dafür ist die Familienpolitik. Der erste grundlegende Unterschied zur Politik der Regierung Schröder ist, dass wir sagen: Wir stehen dafür, dass in diesem Land endlich wieder etwas für die Familien getan wird.

Weil wir für eine gerechte Behandlung von Familien eintreten, meinen wir: Es ist eine Schande, dass sich bei Schröder Familienpolitik darin erschöpft, den Familien eine Kindergelderhöhung im Gegenwert einer Kiste Pampers zu geben.

Wenn dann noch diese gefeierte Erhöhung sofort durch die Ökosteuer und die angeheizte Inflation wieder aufgefressen wird, dann kommt zu dieser Schande noch eine Lüge dazu. Das werden wir den Menschen sagen.

Wir haben eine klare Botschaft für die Familien. Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird noch 2002 mit der Einführung eines gestaffelten Familiengeldes beginnen. Wir wollen für Familien etwas tun. Und wir wollen, dass die 1 Million Kinder, die heute noch von Sozialhilfe abhängig sind, dies in Zukunft nicht mehr sein werden. Das ist ein großes Ziel.

Richtig verstandene Familienpolitik erschöpft sich aber nicht nur in der finanziellen Förderung. Wir wollen, dass die Gesellschaft insgesamt „Ja“ sagt zur Familie.

---

## Bildung

Wir setzen Prioritäten – das gilt für die Familie, das gilt ebenso für die Bildung.

Wir wollen, dass Deutschland im Wettbewerb um die besten Köpfe vorne liegt, damit wir im internationalen Wettbewerb in einer globalisierten Welt bestehen können. Das ist vielleicht auf den ersten Blick eine Binsenweisheit, aber eine Binsenweisheit, die eine gewaltige Aufgabe nach sich zieht.

Diese Aufgabe werden wir nicht mit ein paar tausend Greencards lösen, und – ich sage es ganz offen – auch nicht alleine mit unserem Zuwanderungskonzept. Worauf es in erster Linie ankommt, ist, dass wir die geistigen Kräfte in diesem Land so optimal fördern wie irgend möglich.

Auch hier haben wir klare Konzepte, die wir der SPD entgegenstellen können. Schröders Wirtschaftsminister erklärt zum Beispiel, er fände es eigentlich nicht schlecht: in 12 Jahren bis zum Abitur. Aber es gibt kein einziges sozialdemokratisch regiertes Land, in dem auch nur im Ansatz versucht wird, ein Abitur in 12 Jahren zu ermöglichen. Da kann ich nur sagen: „Schluss mit diesen Sprüchen, die Menschen wollen Taten sehen“. Und diese Taten sehen Sie bei uns: In Sachsen und Thüringen gibt es seit geraumer Zeit 12 Jahre bis zum Abitur. Das Beste daran ist, dass man dort in 12 Jahren mehr Unterrichtsstunden bekommt als in Nordrhein-Westfalen in 13. So sieht sozialdemokratische Bildungspolitik bei Licht betrachtet aus. Und davon können Sie hier in Hamburg ja auch ein Lied singen: Unterrichtsausfall, Abbau von Leh-



rerstellen: die Mängel im Hamburger Schulwesen sind seit langem unübersehbar. Auch deshalb brauchen wir dringend einen Wechsel in Hamburg hin zu einer vernünftigen bürgerlichen Politik.

Für die Union ist Bildung allerdings immer mehr gewesen als die Vermittlung und Ansammlung von Wissen. Bildung ist vor allem auch Persönlichkeitsbildung, Vermittlung von Werten und Tugenden. Das kann man in einer Zeit, in der sich die Geschwindigkeit erhöht und die Bindungen immer weiter auflösen, gar nicht oft genug betonen.

Und wenn die Gattin des Kanzlers nun von der plötzlichen Einsicht erfüllt ist, dass wir in der Kindererziehung wieder zu deutlicheren Maßstäben kommen müssen, dann stellt sich schon die Frage, warum sich gerade sozialdemokratische Bildungsminister mit Händen und Füßen dagegen wehren, dass in den Zeugnissen wieder Kopfnoten, also Bewertungen von Fleiß, Betragen und ähnlichem, aufgenommen werden. Das passt doch nicht zusammen.

Für die CDU bedeutet Erziehung im guten Sinne des Wortes mehr als seine Kinder – wie die Kanzlergattin anrät – um sieben ins Bett zu schicken. Zum Erziehen gehört es, Vorbild zu sein. Das gelingt nur dann, wenn man für sich selbst klare Grenzen zieht und hohe Maßstäbe anlegt. Bei schwierigen Themen Profil zeigen, das ist das Mindeste, was man von politischer Führung erwarten muss.

---

### Innere Sicherheit

Hier ergeben sich enge Berührungspunkte zur Inneren Sicherheit. Denn Innere Sicherheit braucht ein festes Wertefundament. Auch deshalb liegen uns Familienpolitik und Bildungspolitik so am Herzen. Auch deshalb

brauchen wir in Hamburg und Deutschland eine andere Politik.

Wir präsentieren den Menschen einen Gegenentwurf. Wir bieten den Bürgern einen Vertrag an. Denn wir brauchen heute andere Instrumente und Mechanismen als früher. Grundlage dieses Vertrages zwischen Bürger und Staat ist der Gedanke der Gegenseitigkeit. Der Bürger kann sich auf die Politik verlassen und leistet seinen Beitrag für das Wohlergehen des Gemeinwesens. Anstelle bloßer Ankündigungen und Versprechungen setzen wir mit diesem Vertrag auf faire Partnerschaft.

Und dies gilt auch für die Innere Sicherheit. Der Staat garantiert Sicherheit und erwartet im Gegenzug, dass der Bürger sich gesetzestreu verhält.

Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des Menschen. Der Staat als Inhaber des Gewaltmonopols hat nicht nur für die Freiheit seiner Bürger zu sorgen. Unser Rechtsstaat muss auch ein Leben in größtmöglicher Sicherheit garantieren. Diebstahl, Raub, Einbruch und die zunehmenden Gewalttaten auf offener Straße gefährden Lebensqualität und Freiheit des Bürgers und damit den inneren Frieden.

Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit und Ordnung. Sie wollen sich in ihrer Stadt zu Hause fühlen und ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können. Dass dies hier in Hamburg oft nicht so ist, habe ich schon gesagt. Auch deshalb haben die Menschen hier die Nase voll von Rot-Grün. Sie wollen den Wechsel. Daher bin ich sicher, dass die Hamburgerinnen und Hamburger in drei Wochen die CDU zur stärksten Partei wählen werden. Und ich freue mich darauf, Ole von Beust hier ab Oktober als Hamburger Bürgermeister begrüßen zu können.

Konsequente Kriminalitätsbekämpfung war und ist ein Kernthema der CDU. Die Sor-



ge um den Schutz der Menschen und den inneren Frieden in Deutschland gehört seit jeher fest zum harten Markenkern unserer Partei. Der Schutz der Bürger ist für uns der Maßstab unseres Handelns. Die CDU steht dafür, dass der Staat gegen Straftäter konsequent vorgeht. Und das erkennen die Menschen an. Nicht umsonst sprechen sie der CDU auf diesem Feld eine größere Kompetenz zu als allen anderen Parteien.

Da kann der Bundeskanzler noch so lautstark fordern, Sexualstraftäter schärfer zu bestrafen. Die Bürger merken sehr wohl, dass dem keine Taten folgen und Schröder stattdessen Gesetzesinitiativen der Union in Bundestag und Bundesrat abschmettern lässt. Es muss endlich Schluss sein mit dieser Ankündigungspolitik. Die Menschen wollen keine Worte. Sie wollen Taten sehen!

Und die bietet die CDU. Das zeigt ein Blick in die CDU-regierten Bundesländer. Das zeigt auch ein Blick zurück auf die Arbeit der früheren CDU-geführten Bundesregierung. Und das zeigt ein Blick auf unsere neuen Leitlinien zur Inneren Sicherheit, mit denen die CDU – unter der Federführung von Jörg Schönbohm – unsere Positionen auf diesem Gebiet überarbeitet und weiterentwickelt haben. Die CDU hat in den Augen der Bürger daher nicht nur die höchste Kompetenz im Bereich der Inneren Sicherheit. Wir haben dort auch die Meinungsführerschaft.

Vor einigen Wochen hat uns der Bundesinnenminister die polizeiliche Kriminalstatistik für das letzte Jahr vorgestellt. Die dort präsentierten Zahlen geben keinen Anlass zur Selbstzufriedenheit, auch nicht zur Selbstzufriedenheit für Herrn Schily. Die Meldung, dass die Zahl der registrierten Straftaten leicht gesunken ist, kann uns nicht genügen. Denn die Kriminalitätsbelastung ist heute doppelt so hoch wie Anfang der

70er Jahre. Und auch ein Durchbruch bei der Bekämpfung der Kriminalität ist nicht in Sicht. Hier müssen wir gegensteuern. Und dazu bieten unsere Leitlinien gute Vorschläge. Immer noch deutlich mehr als 6 Millionen Straftaten sind deutlich zu viel!

Die Einzelaussagen der Kriminalstatistik sind besorgniserregend, etwa die hohe Kinder- und Jugendkriminalität. Nachdenklich stimmt auch, dass die Kurve der Gewaltanwendung gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden steil ansteigt.

An der hohen Kinder- und Jugendkriminalität wird noch einmal klar, warum Familien- und Bildungspolitik auch für die Innere Sicherheit von großer Bedeutung sind. Denn entscheidend für die Entwicklung der Kinder ist deren Erziehung. Dort werden die Grundlagen für sozialverträgliches Verhalten und die Einstellung zu Recht und Gesetz geschaffen. Polizei und Justiz können hingegen in der Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität alleine wenig bewirken. Umso wichtiger ist es, dass die Vermittlung von Werten, Normen und Maßstäben, die Erziehung zu rechtstreuem Verhalten durch Familie und Schule, in der Jugendarbeit und in den Vereinen wieder ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit rückt.

Dass die Kriminalitätszahlen auf viel zu hohem Niveau stagnieren, ist kein Naturgesetz. Vielmehr ist dies oft auch eine Folge verfehlter Politik in den Ländern. Die Ministerpräsidenten und Landesinnenminister der Union sind den Beweis angetreten: In den unions-geführten Ländern leben die Menschen erheblich besser als in vielen sozialdemokratisch regierten Ländern. Am sichersten können sich die Bayern und Baden-Württemberger fühlen. Am bedrohlichsten ist die Lage dagegen hier in Hamburg.

Vor diesem Hintergrund versteht sich dann auch die Auswahl des Mottos für unse-

ren Kongress von selbst: „Nur der Wechsel macht Hamburg sicher“. Dass Sie, meine Damen und Herren, heute so zahlreich an unserem Kongress teilnehmen, zeigt, welche Bedeutung Sie der Sicherheitslage in Hamburg beimessen.

Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit. Daher können sie erwarten, dass der Staat alles unternimmt, um Kriminalität und Gewalt entschlossen zu bekämpfen.

Es sind vor allem die Polizistinnen und Polizisten, die unsere Sicherheit garantieren und denen wir hierfür zu Dank verpflichtet sind. Für die schwierigen Anforderungen, denen sie im täglichen Dienst gerecht werden müssen, und für die zum Teil lebensgefährlichen Aufgaben, die sie zu bewältigen haben, verdienen sie unser volles Vertrauen und unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Die CDU will dafür sorgen, dass beim Bürger nicht der Eindruck entsteht, der Staat weiche vor den Straftätern zurück. Schon die ehemalige CDU-geführte Bundesregierung hat ein ganzes Bündel Maßnahmen durchgesetzt, damit Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz ausreichend gewappnet sind und ihren Sicherheitsauftrag erfüllen können.

Die von uns vorgelegten „Leitlinien zur Inneren Sicherheit“ setzen die klare Politik für den Schutz des Bürgers und gegen das Verbrechen konsequent fort. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die Menschen frei bewegen und ohne Angst vor Verbrechen sicher und zu Hause fühlen können.

Die Verbrechensbekämpfung ist zuallererst Aufgabe des Staates und seiner Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbehörden. Zu diesem Zweck müssen alle Behörden im Bund und in den Ländern, aber auch über die Ländergrenzen hinweg – Stichwort Europol – optimal zusammenarbeiten. Dazu gehört es auch, dass zwar wohlgemeinte, aber inzwischen als falsch erkannte Tendenzen der Toleranz fallen gelassen werden und der Schutz des Bürgers und der Schutz des Opfers wieder in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden.

Die Hamburger haben am 23. September die Möglichkeit, genau dies zu tun. Mit der Wahl von Ole von Beust zum Ersten Bürgermeister können die Hamburger die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine Politik für mehr Sicherheit endlich auch in Hamburg Einzug erhält.



OLE VON BEUST:

## Nur der **Wechsel** macht Hamburg sicher

Hamburg ist eine Stadt, in der die Menschen gerne leben. Ihre Ausstrahlung und ihre Atmosphäre – der Hafen, die Alster, St. Pauli – faszinieren die Menschen in ganz Deutschland, in Europa, ja in der ganzen Welt. Wir Hamburger sind stolz, in dieser Stadt leben zu dürfen, in einer Stadt, die weltweit nicht zu den größten zählt, aber zu den bekanntesten. Um die Schönheit dieser Stadt werden wir weltweit beneidet.

Von Jahr zu Jahr aber sehen wir mit wachsender Sorge, wie unser Ruf als weltoffene Stadt immer tiefere Kratzer bekommt. Weltoffen kann nur eine sichere Stadt sein. Weltoffen ist eine Stadt nur dann, wenn ihre Bewohner und ihre Gäste unbeschwert über Straßen und Plätze schlendern können, wenn sie das Nachtleben genießen können ohne Angst, bedroht oder misshandelt zu werden. In einer weltoffenen Stadt parkt man sein Auto und weiß, dass es 2 Stunden später immer noch da steht.

Diesem Anspruch an eine weltoffene Stadt wird Hamburg seit langem nicht mehr gerecht – noch schlimmer: Hamburg ist zu der gefährlichsten deutschen Stadt geworden. In ganz Deutschland ist es mittlerweile bekannt: die Gefahr, auf offener Straße beraubt zu werden, ist in Hamburg 10-mal größer als in München. Oder eine andere Zahl: Im ersten Halbjahr 2001 wurden in München 350 Autos gestohlen, in Hamburg 2800. Hamburg ist die deutsche Hauptstadt des Verbrechens.

Die Zahl, die mich persönlich aber am meisten beschäftigt – sie ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt – ist die Aufklärungsquote, weil sie unmittelbar zeigt, welches Vertrauen man in die Arbeit von Po-

lizei und Justiz haben kann. Diese Zahl ist das objektive Bindeglied zwischen Kriminalstatistik und Sicherheitsgefühl. Im ersten Halbjahr 2001 betrug die Aufklärungsquote in München 60,4 %, in Hamburg 43,4 %. Auf die Stelle hinterm Komma ist die Aufklärungsquote in Hamburg 17 % schlechter als in München. In absoluten Zahlen sieht der Vergleich dann so aus: Bezogen auf 10.000 Einwohner haben sich im ersten Halbjahr 2001 in München 200 Straftaten ereignet, die nicht aufgeklärt werden konnten, in Hamburg waren es 440 nicht aufgeklärte Straftaten. Mehr als doppelt so viele Straftaten bleiben in Hamburg ungesüht. Sie verletzen das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen und führen zu einem tief verwurzelten Gefühl persönlicher Verunsicherung.

Bei einer Meinungsumfrage vor wenigen Tagen sahen 48 % aller Hamburgerinnen und Hamburger die Kriminalität als das größte Problem. Ein solcher Umfragewert ist einmalig in Deutschland und erschütternd zugleich. Die Menschen hier sind nicht ängstlicher als im Süden Deutschlands. Aber sie machen ganz andere alltägliche Erfahrungen. Beispielsweise diese: Im April dieses Jahres überfielen 4 Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren mit Pistolen bewaffnet und mit Motorradmasken verumumt einen Handy-Shop, bedrohten die Verkäuferin und erbeuteten 9 Handys sowie 800 DM. Derartiges kann in jeder Stadt passieren. Aber nur in Hamburg ist es möglich, dass die Täter bereits wegen Diebstahl, Körperverletzung, Raub, räuberischer Erpressung polizeilich in Erscheinung getreten waren und trotzdem noch nie vor einem Jugendrichter gestanden haben.

Jungen Straftätern nicht frühzeitig deutliche Grenzen aufzuzeigen, gehört zu den besonders schlimmen Versäumnissen des Hamburger Senats. Schlimm nicht nur wegen des mangelnden Schutzes der Allgemeinheit vor Straftaten, sondern auch wegen der persönlichen Schicksale der jungen Täter. Es ist für mich selbstverständliche Pflicht des Staates, gerade den jungen Menschen, die mit sich und der Gesellschaft Schwierigkeiten haben, zu helfen, sie zu erziehen, wenn erforderlich auch in einer geschlossenen Erziehungseinrichtung. Wenn der Staat wegschaut und nichts tut, macht er sich mitschuldig am Abgleiten der jungen Täter zu Gewohnheitsverbrechern. Je größer die Probleme sind, umso mehr ist der Staat in der Pflicht, energisch zu handeln. Der SPD-Senat und die Strafjustiz in Hamburg werden diesem Anspruch nicht gerecht.

Ich will nur kurz die wichtigsten Maßnahmen in Erinnerung rufen, die ich unmittelbar nach Regierungsübernahme ergreifen werde:

- 400 neue Polizisten
- Schluss mit der offenen Drogenszene
- konsequente Bestrafung von Graffiti-Sprayern
- gesicherte Unterbringung junger Gewalttäter
- keine Duldung von rechtsfreien Räumen
- 10 % mehr Richter und Staatsanwälte
- keine Verfahrenseinstellung bei Gewalttaten
- konsequente Rechtsmitteleinlegung bei übertrieben milden Urteilen und bei unangemessener Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende
- auch im Strafvollzug konsequenter Kampf gegen Drogen- und andere Delikte
- Vollzugslockerungen und offener Vollzug nur bei effektiver Kontrolle und unter Beachtung des Sicherheitsbedürfnisses der Allgemeinheit
- Verschärfung des Maßregelgesetzes zum besseren Schutz vor psychisch kranken Sexual- und Gewalttätern.

So richtig und wichtig all diese Maßnahmen sind – ich weiß aus meiner Erfahrung als Rechtsanwalt und als Politiker, wie sehr hier der Teufel im Detail stecken kann. Bei unserem großen Ziel, Hamburg sicherer zu machen, sind wir auf Rat und Erfahrung aus anderen Bundesländern angewiesen. Ich bin Ihnen, Frau Merkel, deshalb sehr dankbar, dass Sie uns diesen Sicherheitskongress ermöglicht haben. Dieser Kongress taugt nicht als Wahlkampf-Spektakel, sondern ermöglicht uns, in fachlich seriöser Weise über den Wahltag hinauszublicken.

Helfen Sie alle bitte dabei, heute die Grundlagen zu vertiefen für eine Politik, die Hamburg wieder zur einer weltoffenen, das heißt sicheren Metropole macht!



JÖRG SCHÖNBOHM

## Innere Sicherheit braucht den starken Rechtsstaat

Wer sich einmal die Mühe macht, in die Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien zum Kapitel Innere Sicherheit zu schauen, der wird sich doch einigermaßen verwundert die Augen reiben. Man ist versucht zu glauben, das sich da die Bundesregierung zum Vorreiter der Kriminalitätsbekämpfung macht. Da heißt es: „entschlossene Bekämpfung der Kriminalität und ihrer Ursachen“ oder „Alltagskriminalität konsequent bestrafen“ oder „wirksame Drogenbekämpfung“ oder „wir nehmen uns besonders der Opfer an“.

Was wir von diesen bloßen Worthülsen zu halten haben, lässt sich an zweierlei ziemlich genau ablesen.

Wir sollten zunächst nicht versäumen, vor allem das Kleingedruckte des Koalitionsvertrages aufmerksam zu lesen, das sich mit den Vorstellungen der Koalition zur Kriminalprävention befasst. Da heißt es, dass die Koalition „die Bildung von kriminalpräventiven Räten nachhaltig unterstützen wird“ und dass sie „die Gründung eines deutschen Forums für Kriminalprävention befördert“.

Hier zeigt sich doch, was die Regierungsparteien von SPD und Grünen wirklich wollen: jedenfalls wollen sie keine Repression und schon gar keinen starken Rechtsstaat. Sie wollen lieber experimentieren und schwadronieren. Und was sagt der Bundesinnenminister dazu? Bundesinnenminister Schily nimmt die Rolle des Feigenblatts der SPD wahr, der sich als Verfechter eines starken Staates geriert, aber den wirklichen Vorstellungen seiner Partei und der Grünen

zu beugen hat. Seine Positionen sind mit SPD und Grünen nicht zu machen.

Wie dünn muss es eigentlich um die Personaldecke des Bundeskanzlers bestellt sein, wenn er einen Politiker, der sich gerne aufs Altenteil zurückgezogen hätte, überredet, nochmal anzutreten? Ich sage es Ihnen: Es gibt in den Regierungsparteien nachgerade keinen einzigen Politiker, der die Rolle Otto Schilys hätte übernehmen können oder auch nur wollen.

Aber auch das tatsächliche Regierungshandeln entlarvt die Bestrebungen der Koalition zur Stärkung der Inneren Sicherheit als Potemkinsche Dörfer. Wie konsequent die Bundesregierung die Alltagskriminalität bekämpfen will, hat man gesehen, als die Unionsfraktion dem Graffiti-Unwesen endlich gesetzlich den Riegel verschieben wollte. Abgelehnt!

Unter Opferschutz versteht die Bundesregierung, für Straftaten demnächst die Möglichkeit der Bewährung auszuweiten, anstatt sie einzudämmen.

Und was mit entschlossener Bekämpfung der Kriminalität gemeint ist, darauf haben wir vor wenigen Wochen in Berlin einen kleinen Vorgeschmack bekommen. Politiker der Union werden von linken Chaoten, angestiftet von den Jusos und der PDS, angegriffen, mit Eiern beworfen, ohne dass ein Polizist weit und breit zu sehen ist. Der Innenminister von Berlin hat sich hier gerne vor den Karren der Innenpolitiker von SPD und Grünen spannen lassen, um uns deren wahre Vorstellungen von Innerer Sicherheit zu dokumentieren.



Nein, das Feld der Inneren Sicherheit kann nur von einer Partei wirksam und konsequent bestellt werden, und das ist die Union!

Das Ergebnis einer verfehlten rot-grünen Innenpolitik sieht man hier in Hamburg. Noch heute können Sie abends um 22.00 Uhr nicht auf den Hamburger Hauptbahnhof gehen. Ich sage Ihnen, da kriegen Sie es mit der Angst zu tun. Fixer, Dealer, Kleinkriminelle an jeder Ecke. Das sind die wahren Folgen rot-grüner Innenpolitik. Da lassen sich die Bürger Hamburgs auch nicht Sand in die Augen streuen, wenn der rot-grüne Senat plötzlich den Dealern Brechmittel verabreicht, obwohl er sich vorher jahrelang dagegen verweigert hat.

Wir von der Union haben eine andere Idee von einem sicheren Staat und von der Inneren Sicherheit. Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des Menschen. In einem Rechtsstaat ist die Innere Sicherheit die Grundlage für die Freiheit und den Frieden nach innen. Aus dem Anspruch des Staates auf das Gewaltmonopol resultiert seine Verpflichtung, Freiheit und Innere Sicherheit auch zu gewährleisten.

Innere Sicherheit ist unteilbar. Sicherheit gilt für alle, für Arm und Reich, für Stadt- und Landbevölkerung, für Deutsche und Nichtdeutsche. Wir haben die Idee von der Inneren Sicherheit, die das Freiheitsrecht des Einzelnen schützt. Freiheit bedeutet, eigene Entscheidungen treffen zu können und selbstverantwortlich zu handeln. In dieser Verantwortung steckt aber vor allem, seine Einzelinteressen den Gemeinschaftsinteressen unterzuordnen. Wer da fehlt, hat die unachgiebige Hand des Gesetzes zu spüren, um ihm die Schranken seiner subsidiären Einzelinteressen wieder deutlich zu machen.

Dafür bedarf es eines starken Staats, und wir haben auch keine Angst vor einem sol-

chen starken Staat. Wir wissen, dass es in diesem Staat keine Willkür gibt, sondern wir wissen, wie rechtsstaatliche Kontrolle funktioniert.

Was heißt starker Staat? Innere Sicherheit braucht den klaren Standpunkt, Konsequenz, vor allem aber ein festes Wertefundament. Innere Sicherheit ist nicht Ergebnis von Beliebigkeit, von Laisser-faire und Prinzipienlosigkeit oder gar einer ruhigen Hand.

Straftaten im Zeichen von Extremismus, Drogenkriminalität, Organisierter Kriminalität, Ausländerkriminalität etc. gefährden den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Deshalb sind die Menschen der schönen Verheißungen, der süffigen Werbebotschaften längst überdrüssig. Die Probleme unseres Landes sind auch auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit längst offenbar.

Lassen Sie mich dazu einige Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik des vergangenen Jahres nennen:

- 145.834 Tatverdächtige waren unter 14 Jahre.
- 294.467 Tatverdächtige waren zwischen 14 und 18 Jahre. Diese Jugendlichen stellen damit einen Anteil von 12,9 Prozent aller Tatverdächtigen, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lediglich 4,4 Prozent beträgt.
- 247.586 Tatverdächtige waren zwischen 18 und 21 Jahre. Das ist ein Anteil von 10,8 Prozent aller Tatverdächtigen, bei 3,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung.

Diese Zahlen müssen uns wachrütteln. 700.000 Kinder und Jugendliche werden straffällig, bevor sie noch erwachsen sind! Was für eine Hypothek für das zukünftige Leben!

Es sind nicht nur rund 30 Prozent aller Tatverdächtigen jünger als 21 Jahre; auch



die Gewalt unter Jugendlichen nimmt dramatisch zu, besonders die schweren Körperverletzungen.

Auch wenn das niemand mehr hören mag: Wir brauchen eine auf Wertevermittlung ausgerichtete Erziehung!

Man muss nun wirklich kein Pädagoge sein, um zu erkennen, dass Beliebigkeit und ein easy going auf Dauer selbst den Zusammenhalt einer Spaßgesellschaft nicht ermöglichen. Normen und Werte müssen nun einmal in Kindheit und Jugend vermittelt werden, damit das soziale Gefüge einer Gesellschaft nicht zerreißt.

Natürlich wird es nicht allein mit guten Worten gehen. Wir brauchen auch die Korrektur durch den Gesetzgeber. Wer rechtzeitig Jugendlichen unmissverständlich den Ernst der Lage deutlich macht, indem er z.B. bei Strafaussetzung zur Bewährung gleichzeitig Jugendarrest anordnet, der erspart manchem ein Wiedersehen vor Gericht.

In der Praxis wäre viel geholfen, wenn bei jugendlichen Straftätern die erzieherische Maßnahme der Tat auf dem Fuße folgen würde. Für Jugendliche entfalten Fahrverbote eine hohe erzieherische Wirkung.

Und wir brauchen wohl auch das richterliche Erziehungsgespräch, wenn Eltern versagen. Wir sollten die Eltern bestärken, dass sie ihre Erziehungsaufgabe wahrnehmen können.

Nur wir von der Union haben eine Idee von dem, was starker Staat bedeutet. Lassen Sie mich zu den wichtigsten Eckpunkten dieser Idee einige kurze Anmerkungen machen.

Wir fordern eine schärfe Bekämpfung der Alltagskriminalität. Den Graffiti-Sprayern z.B. muss endlich das Handwerk gelegt werden. Das Rechtsbewusstsein des Bürgers muss doch einfach Schaden nehmen, wenn er die Folgenlosigkeit von Vandalismus und

Schmierereien registriert. Wenn er feststellt, dass diese Delikte, nur weil sie massenhaft begangen werden, strafrechtlich kaum verfolgt werden.

Und welchem Nichtjuristen ist noch vermittelbar, dass Graffiti keine Sachbeschädigung darstellen? Hier hätte schon längst etwas geändert werden müssen. Das ist aber leider unterblieben. Um das Rechtsbewusstsein zu schärfen, müssen wir konsequent den Anfängen wehren und dürfen nichts bagatellisieren.

Genau das Gleiche bei den Ladendiebstählen: sie sind doch kein Kavaliersdelikt, nur weil sie so massenhaft vorkommen. Ich sage Ihnen: wir konterkarieren damit das Rechtsbewusstsein unserer Kinder.

Ich muss in diesem Zusammenhang natürlich auch das Drogenproblem ansprechen. Besonders besorgniserregend ist die Zunahme um fast zehn Prozent auf 22.584 erstaufrälliger Konsumenten harter Drogen sowie die Zunahme der Drogentoten um zwölf Prozent auf 2.030. Unter dem rot-grünen Senat in Hamburg ist übrigens die Zahl der Drogendelikte fast viermal so hoch wie in Berlin. Da ahnen wir, was uns in Berlin demnächst blüht, wenn der schamrote Übergangssenat am 23. Oktober nicht abgewählt wird.

Diese Zahlen können uns nicht gleichgültig sein. Ich will nicht allein das menschliche Elend ansprechen, das sich dahinter verbirgt, sondern auch, dass wir die Diskussion über die Freigabe von Drogen endlich beenden müssen.

Die Einschränkung der Verfügbarkeit von Drogen ist die beste Prävention. Die Duldung einer offener Drogenszene ist unzumutbar, weil von ihr Unsicherheit für die Bürger ausgeht und weil, für alle sichtbar, die Maßstäbe von Recht und Ordnung verbogen werden.

Innere Sicherheit hat viel mit dem Sicherheitsgefühl der Menschen zu tun. Wir müssen darum auch für unsere Polizei sorgen. Das sage ich besonders als Innenminister eines Landes. Die Politik darf die Polizei nicht allein lassen! Das Wenigste ist, sie zu schützen, sie gut auszurüsten, und dazu gehören alle technischen Hilfsmittel.

Um die Präsenz der Polizei zu erhöhen, brauchen wir die Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten. Wir in Brandenburg werden in wenigen Wochen mit dieser Videoüberwachung beginnen.

Die Erfahrungen mit diesem offensiven Staat sind überall, wo es ihn gibt, z.B. im unions-regierten Sachsen, positiv. Die Big-brother-is-watching-you-Menetekel von Rot-Grün sind bewusste Panikmache und gehen an den Erfolgen einer öffentlichen Polizeipräsenz vorbei.

Wir brauchen auch eine konsequentere Handhabung der Ausländerkriminalität. Die Straftaten von Nicht-EU-Bürgern liegen doppelt so hoch wie ihr Anteil an der deutschen Bevölkerung ist. Die Zahlen dürfen nicht aus falsch verstandener Rücksichtnahme vor einer scheinbaren Ausländerdiskriminierung klein geredet werden. Nein, konsequentes Handeln heißt hier konsequentes Abschieben.

Besondere Sorgen machen uns die Organisierte Kriminalität. Die Bürger merken das vielleicht nicht immer unmittelbar, aber die Formen und Auswüchse in diesem Bereich haben viel zu lange brach gelegen. Es ist eine Binsenwahrheit, dass die Anforderungen an die Polizei im Kampf gegen diese Krimi-

nalitätsform ständig wachsen, denn sie zeichnet sich durch hoch entwickelte Konspiration, abgeschottete Strukturen, eine internationale Arbeitsteilung und Logistik aus. Wer den Kampf nicht verlieren will, der muss wenigstens ebenbürtig sein.

Wegen ihres schillernden Charakters ist die Organisierte Kriminalität bislang nicht als Kriminelle Vereinigung zu erfassen. Das schafft Strafbarkeitslücken, die es dringend zu schließen gilt. Es ist auch nur schwer erträglich, dass die Gewinne der Organisierten Kriminalität nicht konsequent genug abgeschöpft werden können, dass diese Gelder immer wieder aufs Neue für neue Verbrechen investiert werden. Vor allem der wirtschaftliche Schaden ist immens. Wir brauchen eine vernünftige Kronzeugenregelung und den Einsatz verdeckter Ermittler. Hier ist der Gesetzgeber dringlich gefordert. Die Hydra hat viele Köpfe!

Auch wenn ich nur einige wenige Aspekte des Gesamtkomplexes zur Inneren Sicherheit und diese auch nur kurz ansprechen konnte, eines will ich am Schluss besonders hervorheben: den Opferschutz.

Angesichts von über sechs Millionen registrierten Straftaten, ihrer Verfolgung und Ahndung scheint mir der Opferschutz nicht den notwendigen Stellenwert zu besitzen. Wir haben uns zu lange und zu wenig mit den Folgen für die Opfer bis hin zur Traumatisierung befasst.

Wir müssen uns darum kümmern und vor allem den Täter-Opferausgleich verbessern. Vergessen wir nicht, es sind nicht nur die Opfer von Gewaltverbrechen!



Eines ist klar: Strafverfolgung ist und bleibt der beste Opferschutz!

Wenn das Vertrauen darin, dass der Staat nicht mehr ausreichend Schutz bietet, erschüttert oder sogar zerstört ist, dann wird das Fundament rissig. Deshalb müssen wir deutlich machen, dass dem Staat das Gewaltmonopol zusteht. Die Täter müssen un-nachgiebig verfolgt und konsequenter als bisher bestraft, die Opfer besser geschützt werden.

Wo die Bestrafung wegen fehlender Strafvorschriften nicht möglich ist, müssen wir diese Strafvorschriften ergänzen oder neu schaffen.

Die Strafen, die verhängt werden, müssen wehtun, das heißt der Abschreckungsgedanke muss wieder mehr in den Vordergrund gestellt werden und nicht so sehr der Resozialisierungsgedanke. Opferschutz vor Täterschutz und nicht Täterschutz vor Op-

ferschutz! Verabschieden wir uns doch endlich mal von der Vorstellung, dass der Mensch zum Guten geführt werden kann, wenn man ihn nur lange genug hegt und pflegt. Ich sage Ihnen, es ist nicht so. Finden wir uns damit ab und wenden wir uns lieber denen zu, die sich rechtstreu und anständig verhalten!

Ich habe Ihnen nur einige Schwerpunkte der Vorstellungen davon vorgestellt, was wir unter Innerer Sicherheit verstehen.

Ich wende mich hier ausdrücklich an den Herrn Bundeskanzler und an die Abgeordneten der Berliner Regierungskoalition: bekennen Sie endlich Farbe, und setzen Sie das auch um, was Sie so blumig in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben haben.

Aber ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, da können wir lange warten. Die können es nicht. Und deshalb müssen wir von der Union es denen zeigen: Wir können es!



---

*Man muss nun wirklich kein Pädagoge sein, um zu erkennen, dass Beliebigkeit und ein easy going auf Dauer selbst den Zusammenhalt einer Spaßgesellschaft nicht ermöglichen. Normen und Werte müssen nun einmal in Kindheit und Jugend vermittelt werden, damit das soziale Gefüge einer Gesellschaft nicht zerreißt. Natürlich wird es nicht allein mit guten Worten gehen. Wir brauchen auch die Korrektur durch den Gesetzgeber. Wer rechtzeitig Jugendlichen unmissverständlich den Ernst der Lage deutlich macht, indem er z.B. bei Strafaussetzung zur Bewährung gleichzeitig Jugendarrest anordnet, der erspart manchem ein Wiedersehen vor Gericht.*

*Jrg Schönbohm*